Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Abend-Ausgabe.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ. Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 362. **Mittwoch** den 4. November 1891. **85. Jahrgang.**

Leipzig, 4. November.

* In unterrichteten Kreisen Berlins glaubt man, daß die in dem nächsten Reichshaushalt einzustellende Forderung an einmaligen Ausgaben zum Zwecke der Verbesserung und Ergänzung des Artillerie-Materials, insbesondere also für die Einführung eines Einheitsgeschosses für die Feld-Artillerie, den Betrag von 110 Millionen Mark ungefähr erreichen oder knapp überschreiten dürfte. Die Deckung dieser Forderung soll im Wege der Anleihe erfolgen. Wie man hört, liegt der Militairetat bereits dem Reichsschatzamt vor und dürfte bald dem Bundesrath zugehen.

* Auf dem Reichstagsbureau hat man noch immer keine sichere Nachricht, wann die Wiederaufnahme der Sitzungen beginnen soll. Zahlreiche Anfragen von Reichstagsabgeordneten beweisen, wie dringend der Wunsch ist, jetzt endlich über den Termin des Wiederbeginns der parlamentarischen Arbeiten unterrichtet zu sein. Es giebt sich eine gewisse Mißstimmung über die Geschäftsleitung im Reichstag kund, die ihre Entschließungen in dieser Hinsicht von Tag zu Tag hinausschiebt.

* Der Volksschulgesetzentwurf liegt nunmehr, wie wir hören, dem preußischen Staatsministerium vor, nachdem er den betheiligten Einzelressorts zur Kenntnißnahme und Begutachtung unterbreitet gewesen. Ueber den Inhalt wird noch längere Zeit Stillschweigen beobachtet werden, doch wird wiederholt versichert, das auf liberaler Seite vielfach geäußerte Mißtrauen sei zum mindesten übertrieben.

* Die Ernennung des Propstes v. Stablewski zum Erzbischof von Posen-Gnesen wird jetzt von allen Seiten bestätigt. Man kann nicht behaupten, so sagt die „Nat.-Lib. Corr.", daß der Eindruck dieser Ernennung in deutschen Kreisen ein sehr günstiger ist. Abgeordnete, die den neuen Erzbischof aus seiner langjährigen Thätigkeit im Landtag genau kennen, wollen in seinem parlamentarischen Auftreten nie etwas wahrgenommen haben, was zu dem Vertrauen berechtigte, daß der neue „Primas" sein Amt nicht in einseitig national-polnischem Interesse ausüben werde. Ob die Regierung Wirgschaften hat, daß dies nicht der Fall sein werde, wissen wir nicht. Bei dem engen Zusammenhang kirchlicher und nationaler Interessen in den Landestheilen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung überragt dies Kirchenamt an Wichtigkeit alle andern preußischen Bisthümer. Möge das Vertrauen der Regierung besser gerechtfertigt werden, als seiner Zeit bei dem Grafen Ledochowski!

* Ueber Aenderungen im Berliner Polizeidienst wird aus Berlin weiter geschrieben: „Die Erwägungen, welche aus Anlaß der letzten Ereignisse hier stattgefunden haben, werden im Polizeidienst, der theilweise noch auf veraltete Verhältnisse zugeschnitten und gegenüber dem großstädtischen Verkehrsleben unzulänglich geworden war, wesentliche Veränderungen zur Folge haben. Zu solchen hätte schon die geplante Einbeziehung einer Reihe von Vororten in die Verwaltung Berlins Veranlassung geben müssen, eine Maßnahme, die in erster Linie auf Gründe polizeilicher Natur zurückzuführen sein wird. Der Thätigkeit der Criminalpolizei ist durch die geographische Grenze des Berliner Stadtbezirks eine sehr unbequeme Schranke gezogen worden. Ueber sie hinaus Amtshandlungen vorzunehmen, war den Berliner Beamten ohne besonderen Auftrag ihrer Vorgesetzten und die Erlaubniß des Polizeivorstandes der betreffenden Gemeinde untersagt. Das Verbrecherthum aber hatte sich diese Einrichtung, die erschwerend auf Ueberwachung und Verfolgung einwirken mußte, wohl zu Nutzen zu machen gewußt, indem es seinen Wohnort in Vororten Berlins nahm, während das Feld seiner Thätigkeit nach wie vor die Hauptstadt blieb. Vor Allem wird das seit langer Zeit als reformbedürftig erkannte Nachtwachtwesen eine Umgestaltung erfahren. Es ruht bis jetzt in der Hand von Leuten, die von der Schutzmannschaft und der Criminalpolizei unabhängig sind. Sie sind kärglich besoldet und zur Erhöhung ihrer Einnahmen auf einen Nebenverdienst angewiesen, der ihnen dadurch erwächst, daß sie gegen eine Entschädigung die Schließung der Hausthüren Abends 10 Uhr übernehmen und während der Nacht Jedem, der ihnen unverdächtig erscheint, gegen ein Trinkgeld die geschlossenen Häuser wieder öffnen. Das sind Zustände, wie sie unvollkommener für eine Stadt mit großstädtischem Verkehr kaum gedacht werden können, und es ist hohe Zeit, hier endlich Wandel zu schaffen, indem man unter gleichzeitiger Beseitigung der Hausschlüsselwirthschaft den Nachtwachtdienst der Schutzmannschaft und Criminalpolizei überträgt.

* Der Reichscommissar für die Weltausstellung in Chicago, Geh. Regierungsrath Wermuth, erstattete im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Berlin Bericht über die Erfolge seiner letzten Reise nach Amerika. Der Commissar faßte sich dahin zusammen, daß er es für dringend geboten halte, daß sich die deutsche Industrie weder durch die Verstimmung über die Mac Kinley-Bill, noch durch die Ausstellungsmüdigkeit, noch durch die allgemeinen schlechten Zeiten abhalten lasse, sondern die ganze Kraft zusammennehmen solle, um auf der Ausstellung in Chicago würdig zu erscheinen. — Heute ist abermals eine bedeutende Geldsendung nach Rußland abgegangen. Die gesammte Geldausfuhr der letzten Monate ist viel umfangreicher, als bisher angenommen.

* Das Wahlergebniß in Stolp-Lauenburg giebt der „Voss" zu folgenden Betrachtungen Anlaß: Es kommt daher, wenn man Wahlerfolge erzielen will, darauf an, der gegnerischen Agitation möglichst den Boden abzugraben. Dazu bieten sich zwei Wege, welche aber nicht einzeln, sondern cumulativ zu benutzen sind. Zunächst kommt es darauf an, sachlich der gegnerischen Agitation eine möglichst geringe Angriffsfläche zu bieten, mit anderen Worten, eine im guten Sinne populäre Politik zu betreiben. Sache sorgfältiger Prüfung wird es sein müssen, ob diese Voraussetzung überall zutrifft oder ob nicht in Fragen von weniger grundsätzlicher Natur eine Abweichung von der bisher innegehabten Linie sich empfiehlt. Soll Erfolg erzielt werden, so wird man sich aber damit nicht begnügen dürfen, sondern auch von langer Hand her durch ständige Einwirkung auf die Wähler den Boden geebnet werden müssen. Jahre lang die Zügel am Boden schleifen lassen und dann kurz vor der Wahl sie stramm anziehen wollen, führt nach allen Erfahrungen der letzten Jahre nur zu oft zur Niederlage. Die Presse, das Vereinswesen, vor Allem aber der persönliche Verkehr von Mund zu Mund sind die wichtigsten Mittel zur Verhütung eines übermäßigen Einflusses der Agitation während der Wahlzeit selbst. Hierauf werden die Conservativen aller Richtungen mehr als bisher ihre Anstrengungen richten müssen, wenn anders sie nicht noch mehr an Terrain verlieren wollen.

* Wie nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers von Caprivi bei der letzten Etatsberathung im preußischen Abgeordnetenhause mit Sicherheit anzunehmen war, wird in dem nächsten Reichshaushalts-Etat eine beträchtliche Erhöhung des Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes vorgesehen werden. Herr von Caprivi hatte bereits bei jenem Anlaß darauf hingewiesen, daß ein nicht unerheblicher Theil der Einkünfte des sogenannten Welfenfonds für Zwecke des auswärtigen Dienstes verwendet werde, für welche der minimale Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes von 48 000 ℳ nicht entfernt ausreicht, und daß daher, bevor an eine gesetzliche Neuregelung der Frage des Welfenfonds herangegangen werden könne, dem Auswärtigen Amte durch den Reichshaushalts-Etat der Ersatz für die bisher aus den Einkünften des Welfenfonds bezogenen Mittel gewährt werden müsse. Die Einstellung einer Summe von 500 000 ℳ anstatt der bisherigen 48 000 ℳ steht daher in unmittelbarem ursächlichen Zusammenhange mit der damals von dem Herrn Ministerpräsidenten bekundeten Absicht, den Welfenfonds neu zu regulieren. Die Bewilligung der geforderten Verstärkung dieses Fonds bildet die Voraussetzung, unter der allein ohne ernstliche Schädigung wichtiger Interessen des Reiches jene anderweite Regelung vor sich gehen kann.

* Der „Apotheker-Zeitung" zufolge ist nicht, wie süddeutsche Blätter meldeten, ein Gesetzentwurf über die Regelung des Geheimmittelwesens vom Bundesrathe der württembergischen Regierung zugestellt worden, sondern die letztere selbst hat einen solchen Entwurf ausgearbeitet. Gerade hierin dürfte der directe Anstoß für die erneute Inangriffnahme der Geheimmittelfrage von Seiten der Reichsregierung gesehen werden können, die bekanntlich darin besteht, daß den einzelnen Landesregierungen Fragen in Bezug auf die Regelung des Geheimmittelverkehrs zur Begutachtung vorgelegt worden sind.

* In colonialpolitischen Kreisen ist neuerdings vielfach der Gedanke angeregt worden, im Reichstag aus denjenigen Parteien, die den colonialen Bestrebungen günstig gegenüberstehen, eine freie parlamentarische Vereinigung zu bilden, wie solche auch zur Berathung und Verständigung über andere Fragen schon bestanden. Es kämen dabei natürlich nur die conservativen Parteien, die Nationalliberalen und das Centrum in Betracht. Man glaubt, durch eine solche engere Fühlung und festeren Zusammenschluß zwischen den colonialfreundlichen Elementen den weiteren Gang unserer Colonialpolitik wirksamer fördern und die Anschauungen des Reichstags der Regierung gegenüber besser zur Geltung bringen zu können. Es ist auch zu bedenken, daß in dem Colonialrath, offenbar mit Absicht, der Reichstag nicht vertreten ist, so daß also jene Körperschaft, die mehr das Urtheil praktischer Colonialpolitiker und Geschäftsmänner darstellen soll, zur Vermittelung und Verständigung zwischen Regierung und Reichstag wenig beizutragen vermag. Durch eine freie parlamentarische Vereinigung auf einem Gebiete, das wenigstens in den colonialfreundlichen Kreisen des Reichstags der Parteipolitik ziemlich entzogen ist, glaubt man eine für den ferneren Gang der colonialen Sache nützliche Wirksamkeit entfalten und die Sicherheit verstärken zu können, daß die Leitung dieser Angelegenheiten sich in dauerndem Einvernehmen mit einer festen Mehrheit des Reichstags befindet. Es besteht die Absicht, nach Wiederbeginn der Sitzungen diese Anregung in weiteren Kreisen des Reichstags zur Erörterung zu bringen.

* Die „Nat.-Ztg." schreibt: Der Appetit kommt beim Essen! Soeben hat bekanntlich der Unterrichtsminister auf den Wunsch der Polen angeordnet, daß auch die Kinder deutscher Eltern zu dem „Privatunterricht" herangezogen werden können, welcher neuerdings in der Provinz Posen in den Volksschulen von den staatlich angestellten Lehrern im Polnischen ertheilt wird. Schon ist der „Dziennik Pozn." mit einer neuen Forderung auf dem Plan. Er fährt aus, es sei zu befürchten, daß polnische Kinder auch fernerhin als Deutsche bezeichnet werden dürften, wenn es sich um deren Theilnahme am polnischen oder deutschen Religionsunterricht handeln werde und wenn in dieser Hinsicht der „Wille der Eltern" nicht beachtet werden sollte. In Posen seien viele polnische Kinder gegen den Willen ihrer Eltern den deutschen Religionsabtheilungen überwiesen worden; es sei dringend erforderlich, eine principielle Aenderung dahin zu treffen, daß nicht die Lehrer oder Schul-Inspectoren, sondern ausschließlich die Eltern darüber bestimmten, in welcher Sprache das Kind den Religionsunterricht erhalten solle. Natürlich ist es auch hier nur darauf abgesehen, Kinder aus Familien mit „deutsch-klingenden Namen", d. h. aus deutschen Familien, resp. aus Familien, wo nur entweder der Vater oder die Mutter polnisch ist, durch Theilnahme an dem polnischen Religionsunterricht zu polonisiren. Nach dem „privaten" Unterricht soll auch ein Zweig des obligatorischen hierzu benutzt werden.

* Zuverlässigen Nachrichten zufolge sind die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Italien nunmehr bis auf einige Förmlichkeiten zum Abschluß gekommen. Es steht sonach nichts im Wege, daß dieser sowie der deutsch-österreichische Handelsvertrag dem Reichstag alsbald nach Wiederbeginn seiner Sitzungen vorgelegt und noch vor Neujahr erledigt werden kann. Die anderen schwebenden Handelsverträge mit den kleineren Staaten sind noch etwas weiter im Rückstand, haben aber auch nicht die wirthschaftliche und politische Wichtigkeit wie die Verträge mit Italien und Oesterreich-Ungarn. An der Annahme der Handelsverträge durch den Reichstag ist allgemeiner Ansicht zufolge nicht zu zweifeln.

* Aus Wiesbaden wird der „Rh.-Westf. Zeitung" geschrieben: Der Leiter der russischen auswärtigen Politik, Herr v. Giers, der mit seiner Familie seit ca. 14 Tagen in unserem Bade weilt, führt hier ein außerordentlich zurückgezogenes Leben. In der Oeffentlichkeit sieht man den Minister fast nie, nur am vorigen Sonntag bewegte er sich Vormittags unter den Spaziergängern auf der Wilhelmsallee, ohne von irgend Jemanden erkannt zu werden. Herr v. Giers befindet sich bereits in einem Alter — er zählt über 71 Jahre —, in welchem sich der Mensch nach Ruhe zu sehnen pflegt, und da auch bei ihm, wie schon seine etwas gebückte Haltung verräth, die Jahre sich immer mehr fühlbar machen, so wird man immerhin mit einem in nicht ferner Zeit eintretenden Wechsel in der seit bald 10 Jahren in den Händen des Herrn von Giers ruhenden Leitung der auswärtigen Politik Rußlands zu rechnen haben. Herr v. Giers gebraucht hier, nachdem er in Italien keine volle Genesung von seinem körperlichen Leiden gefunden, die Massagecur bei Dr. Metzger, der gleichzeitig die Gemahlin des Ministers behandelt, die täglich in einem Krankenwägelchen zu dem berühmten Masseur gefahren wird. Frau von Giers weilte schon öfter zur Cur hier und wohnte regelmäßig in der in der unmittelbaren Nähe des Curhauses gelegenen „Park-Villa", in der man auch ihr Gatte mit ihr Wohnung genommen hat. Mit den Eltern weilt der jüngste Sohn und eine Tochter hier, die fast allabendlich das königliche Theater besuchen. Der bereits zu Ende voriger Woche aus Paris erwartete ältere Sohn, Legations-Secretair Staatsrath von Giers, ist bis heute noch nicht hier eingetroffen. Daß während des hiesigen Aufenthaltes des Ministers, trotzdem derselbe sich in Urlaub befindet, politische Fragen nicht ganz unberührt geblieben sind, geht aus dem hiesigen Aufenthalt des russischen Gesandten in der Schweiz, Herrn v. Hamburger, des Attachés der russischen Botschaft in Berlin, Kammerherrn v. Lwoff, und des russischen Gesandten am württembergischen Hofe, Baron Fredericks, hervor, welche Herren inzwischen sämmtlich wieder von hier abgereist sind. Sonst nimmt der Minister hier keine Besuche entgegen. Der Einzige, der von ihm öfter empfangen wird, ist der fast jeden Abend bei ihm verweilende hiesige russische Propst Erzpriester von Pretopopoff, ein Herr aus fürstlichem Geschlechte, der aus innerem Herzenstrieb den priesterlichen Beruf erwählt und unter Aufgabe seines fürstlichen Namens und Ranges den Namen von Protopopoff angenommen hat. Wie lange der Minister hier noch bleiben wird, ist noch nicht bestimmt und dürfte hauptsächlich von den Fortschritten seiner hiesigen Cur abhängen.

* Herr Eugen Richter hat in diesen Tagen in Gotha eine Gastrolle als Volksredner gegeben. Der „Köln. Ztg." geht darüber folgender Bericht zu:

Gotha, 2. November. Der Generalgewaltige des Deutschfreisinns, Herr Eugen Richter, hat den thüringischen Landen einen Besuch gemacht. Am politischen Sonntag ließ er seine Getreuen im Schießhaussaale Revue passiren und versuchte dann, den gesunkenen Mannesmuth durch die bekannten seiner bekannten Redewendungen wieder aufzurichten. Was hat Herr Eugen Richter in Gotha gewollt? Die gläubigsten Gemüther hofften auf eine Abrechnung mit dem widerhaarigen Bodenreformer in Jena; sie erwarteten, daß aus dem durch die Anwesenheit des großen Mannes erleuchteten Gotha der Bannstrahl zucken sollte nach dem gemüthlichen Musenstädtchen an der Saale. Andere hegten andere Hoffnungen. Und was hat Herr Eugen Richter seinen Lieben und Getreuen aus Berlin mitgebracht? Die sattsam Gemeinplätze, die abgedroschensten Redensarten, die je ein deutschfreisinniger Agitator seinem Publicum zu bieten gewagt hat, und als besondere Zugabe einige Pfefferminze, welche den Häuptern des hiesigen Freisinns schlecht bekommen werden. Das eine dieser Pfefferminzchen, Herr Rechtsanwalt E. A. Müller, bekannte sich einst in demselben Schießhaussaale zu den Grundsätzen der Harmenin und Willich, indem er bei einem von ihm angezettelten, aber völlig mißlungenen Verbrüderungsfeste zwischen Socialdemokraten und Freisinnigen verkündete, diese Parteien hätten so viele Berührungspunkte miteinander, daß sie ein großes Stück Weges zusammengehen könnten. Herr Freder Willich aus Schmalkalden drückte sich nur anders aus, wenn er sagte, daß er von 20 socialdemokratischen Forderungen 15 als die seinigen, als deutschfreisinnige anerkennen müsse. Herr Eugen Richter ist, so lange in Preußen zunächst Landtagswahlen bevorstehen, ganz anderer Meinung. Nach seiner gestrigen Rede sollte man glauben, es könnte grundsätzlich keine größeren Gegensätze geben, als sie zwischen der deutschfreisinnigen und der socialdemokratischen Partei bestehen. Und darum kann auch der Freisinn nicht die Vorfrucht der Socialdemokratie sein, sondern Fürst Bismarck hat das Wachsthum dieser umstürzlerischen Partei verschuldet durch Anwendung von Peitsche und Zuckerbrod. Nichts sei schädlicher als das Zuckerbrod der Socialreform, nichts verheißungsvoller und segensreicher als der Weg der Selbsthilfe, und um diese Behauptung zu erhärten, wies Herr Richter auf die hiesigen Feuer- und Lebensversicherungsbanken hin. Hätte der freisinnige Doctrinair uns lieber mitgetheilt, wie er sich die Selbsthilfe etwa bei andern hungerdarben Gutsweibern auf dem Walde vorstellt, die bei einer täglichen Arbeitszeit von 14 bis 15 Stunden einen Wochenlohn von 5—7 ℳ verdienen. Und dazu müssen noch Frau und Kinder mithelfen. Wenn Herr Richter behauptete, die soziale Reformgesetzgebung sei sowohl bei Arbeitnehmern wie bei Arbeitgebern im höchsten Grade unbeliebt, so wollen wir ihm dies in bescheidenster Form zugestehen, wenn er aber erklärt, daß die Zwecke der Versicherung durch diese Gesetze nur höchst mangelhaft erreicht würden, so sind wir wesentlich anderer Ansicht. Möge Herr Richter — im Kopfrechnen ist er ja groß — nur einmal die Frage in Erwägung ziehen, wie viele unserer Arbeiter sich freiwillig gegen Krankheit, Unfall und Altersschwäche versichern würden. Eine wahre Freude war es, den Führer der deutschfreisinnigen Partei auf seinem Steckenpferde, der Lebensmittelvertheuerung durch Schutzzölle und Verbrauchsabgaben, zu sehen. Auf der Rednerbühne Herr Richter das Flammenschwert schwingend gegen agrarischen Egoismus und staatsmännische Kurzsichtigkeit, und drunten im Saale die deutschfreisinnigen Stadtverordneten, die um keinen Preis der Welt an der städtischen Fleischsteuer rütteln mögen. Natürlich spielte die Behauptung, daß nur die Großgrundbesitzer von der Zollen Vortheile hätten, wiederum eine große Rolle, und Herr Richter behauptete, in den Herzogthümern Coburg und Gotha gäbe es über 26 000 landwirthschaftliche Betriebe, von denen 12 400 nicht mehr Land als das bei der katastralischen Erhebung festgelegte Mindestmaß besitzen. Jeder Landwirth in den beiden Herzogthümern hatte Herrn Richter heute von der Unrichtigkeit der Behauptung, daß der kleine Grundbesitz keinen Vortheil von den Getreidezöllen habe, überführen können. Der frühere Landwirth und jetzige Reichstagsabgeordnete für Gotha, Herr Langewiesche, derselbe als Landwirth und Vorsitzender eines großen landwirthschaftlichen Vereins ein eifriger Befürworter der Getreidezölle, heute Senator und deutschfreisinniger Korrespondent-Paulus, hätte ihn dazu bringen können, daß in jenen 12 400 nur das Mindestmaß erreichenden Landwirthschaften die große Menge der städtischen und in der Industrie thätigen Einwohner einbegriffen ist, die einen Obst- und Gemüsegarten am Hause haben. Auch bei der Besprechung des von der Regierung geplanten Trunksuchtsgesetzes ging es nicht ohne einige Hiebe auf die schnapsbrennenden Agrarier ab, dagegen gedachte der Freunde des deutschfreisinnigen Dichters Albert Traeger, der Nordhäuser Schnapsbrenner, keinerlei Erwähnung. Die Scherze, die Herr Richter bei dieser Gelegenheit machte, sind bereits Gemeingut größerer Kreise geworden. Auch die Septennatswahlen von 1887 mußten wieder herhalten und hierbei sprach der Redner das große Wort gelassen aus: „Wir bewilligen lautlos (!) große, sehr große Summen, Hunderte von Millionen für das Heer." Diese Redewendung und die rhetorische Frage: „Wo haben Sie jemals von mir eine Oppositionsrede gehört, wenn es sich darum handelte, solche nothwendige Ausgaben zu bewilligen?" waren die beiden besten, ja, die einzigen Scherze in Herrn Richter's langer Rede. Man möchte sich beinahe fragen, ob Herr Richter bisweilen im Banne des Sommambulismus stehe.

* Bei der stattgehabten Landtagsersatzwahl wurde im Kreise Neuenburg (Württemberg) der Sägemühlenbesitzer Commerell (nationalliberal) einstimmig, im Kreise Oberndorf der bisherige Abgeordnete Oberbaurath von Leibfand (nationalliberal) und im Kreise Oehringen der Gutsbesitzer Haartmann (Demokrat) gegen den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Leemann gewählt.

* * *

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus bezeichnete bei der Berathung des Budgets des Unterrichtsministeriums der Unterrichtsminister Dr. Frhr. Gautsch v. Frankenthurn, die Frauenfrage besprechend, es als eine Aufgabe der Unterrichtsverwaltung, die Frauen für die Erziehung ihrer eigenen Kinder zu erziehen. Der Minister erkannte wohl die Befähigung der Frauen für die Heilkunde betreffs ihres eigenen Geschlechtes an, bemerkte indessen, die Lösung dieser Frage liege nicht hauptsächlich im Ressort der Unterrichtsverwaltung.

* Vor 14 Tagen überreichte der Präsident des österreichischen Obergerichtshofes, Schmerling, dem Kaiser aus Gesundheitsrücksichten sein Demissionsgesuch, welches, wie verlautet, auch angenommen werden wird; als sein Nachfolger ist Stremayer, Vicepräsident desselben Gerichtshofes, ausersehen. Die Stelle Stremayer's bleibt offen.

* Der König und die Königin von Dänemark sind in Sebastopol eingetroffen.

* Wie verlautet, hätte die französische Regierung den Entschluß aufgegeben, vom Parlamente eine Ratificirung des Vertrages mit dem Könige von Dahomey zu fordern. — Am Donnerstag wird sich eine Anzahl radicaler Deputirter versammeln, um über eine Wiederherstellung der Gruppe der äußersten Linken zu berathen. Die gemäßigten Republikaner erklären angesichts dieser Eventualität, ihr Programm laute: Stabilität oder Auflösung der Kammer.

* Der England feindliche Charakter der französischen Politik manifestirt sich im demselben Maße ungescheut, als die Beziehungen der Republik zu Rußland sich zu verengern scheinen. Eben jetzt, wo die Echos der amtlichen und außeramtlichen Russenfeier im Hafen von Brest noch kaum verklungen sind, mehren sich die französischen Preßstimmen, welche darauf dringen, daß man den Engländern, die überall auf dem Erdenrund den Interessen der Republik entgegenarbeiteten, entschlossen und nachdrücklich die Zähne zeige. Der Lärm, der in England neuerdings wegen des vertragswidrigen Ausbaues von Bizerta zu einem französischen Kriegshafen an der nordafrikanischen Küste geschlagen wird, hat in Paris offenbar stark verstimmt, nicht minder die Entschiedenheit, womit alle Versuche der französischen Staatskunst zurückgewiesen werden, den Engländern die Bestimmung eines Termins zum Ende ihrer egyptischen Occupationspolitik zu entlocken. Soweit nur europäische oder solche Dinge in Frage kommen, welche, wie die Mittelmeerangelegenheiten, in unmittelbarem Zusammenhange mit der europäischen internationalen Politik stehen, bleiben die englischen Antipathien Frankreichs vorläufig ohne Folge. Denn da die Republik sich jeder auswärtigen Initiative zu Gunsten ihres russischen Verbündeten begeben hat, so bleibt ihr eben nur übrig, die Entwickelung der Dinge in Geduld abzuwarten, wie schwer das auch dem französischen Chauvinismus fallen mag. Um so eifriger beobachtet man die entlegeneren Gegenden des Erdballes, namentlich Asien, wo Rußlands Machtstellung den Engländern tagtäglich unbequemer wird, und wo Frankreich ebenfalls Interessen wahrzunehmen oder auch, ebenfalls ad majorem gloriam des russischen Bündnisses, preiszugeben hat. Ein solcher Punct ist z. B. China. Das offenkundige Werben Rußlands um die chinesische Freundschaft scheint auch in den französischen Anschauungen von der chinesischen Frage eine Umwälzung hervorzurufen, welche auf das Preisgeben der bisherigen Verhaltungslinie und Abschwenken von der bisherigen Gemeinschaft mit den übrigen Mächten zu den Russen deutet.

* Die bekannte Madame Adam in Paris scheint definitiv zu der Einsicht gelangt zu sein, daß etwaige Liebenswürdigkeiten, die sie noch aufzubieten hätte, bei ihren Landsleuten nicht mehr verfangen würden; sie versucht es jetzt, um den Ruf einer interessanten Frau zu retten, mit dem Gegentheil. Sie möchte den französischen Politikern nachweisen, daß sie arge Gimpel seien. Hat doch kürzlich eine ebenso zahlreiche als distinguirte Versammlung, in welcher die Regierung der Republik mit mehreren ihrer Mitglieder vertreten war, dem Bürgermeister von Brüssel lauten Beifall gespendet, als er sich von hoher Stelle ermächtigt erklärte, alles Gerede von einem geheimen Vertrag zwischen Belgien und Deutschland als thörichte Erfindung zu bezeichnen. Und Herr von Freycinet selbst erweiterte in Worten, welche die vollste Zustimmung zu den Worten des Bürgermeisters voraussetzen ließen. Die reifere Weisheit der Frau Adam muß tiefer als die gesammte Diplomatie. Im letzten Heft ihrer „Nouvelle Revue" erklärt die Vertraute verschiedener Cabinete, allen Ableugnungen zum Trotz existire die Militärconvention zwischen Belgien und Deutschland dennoch. Dieselbe befände sich in russischen Händen und die Veröffentlichung des Textes sei demnächst zu erwarten. Frau Adam rechnet offenbar darauf, daß Herr v. Giers nicht so ungalant sein werde, eine so — schöne Dame Lügen zu strafen.

* Aus Rom wird geschrieben: Die Leser werden sich des großen Lärms erinnern, welcher im verflossenen März erhoben wurde anläßlich der Entdeckung von mancherlei Verbrechen, die in Massauah sollten begangen worden sein. Die öffentliche Meinung, von den Gegnern der colonialen Unternehmungen aufgereizt, erhitzt sich dermaßen, daß sie das gegenwärtige Ministerium, das damals erst seit wenigen Tagen ans Ruder gekommen

SLUB
Wir führen Wissen.